

Stadt Sulzbach  
Bebauungsplan Nr. 67 "Markt - Altenwald"



Zeichenerklärung

1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

- WA Allgemeine Wohngebiete (§ 4 BauNVO)
- MI Mischgebiete (§ 6 BauNVO)
- SO Sondergebiet (§ 11 BauNVO) hier: Nahversorgung

3. Bauweise, Baulinien, Baugrenzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, §§ 22 und § 23 BauNVO)

- Baugrenze

6. Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)

- Straßenverkehrsflächen
- Straßenbegrenzungslinie
- Straßenverkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung
- Bereich für Ein- und Ausfahrt
- Zweckbestimmung: Fußweg

7. Flächen für Versorgungsanlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 12 und Abs. 6 BauGB)

- Versorgungsanlage
- Zweckbestimmung: Elektrizität

9. Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 und Abs. 6 BauGB)

- o/g Öffentliche Grünflächen
- Anpflanzungen von Bäumen (Anzahl: 7)

15. Sonstige Planzeichen

- St Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze, Garagen und Gemeinschaftsanlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 und 22 BauGB Zweckbestimmung: Stellplätze)

- Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans (§ 9 Abs. 7 BauGB)

Nutzungsschablone

Art der baulichen Nutzung	Grundflächenzahl (GRZ)	Art der baulichen Nutzung	Grundflächenzahl (GRZ)
SO	0,8	SO	0,8
Bauweise	GH max.	Bauweise	GH max.
a	9,0 m	a	9,0 m
Anzahl der Vollgeschosse	-	Anzahl der Vollgeschosse	-

Textliche Festsetzungen

BAUPLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

Bauplanungsrechtliche Festsetzungen gemäß Baugesetzbuch (BauGB) und Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO).

1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs.1 Nr. 1 BauGB)

- 1.1 Sondergebiet (SO) "Nahversorgung" gem. § 11 Abs. 3 BauNVO

Das Sondergebiet mit der Zweckbestimmung "Nahversorgung" dient der Unterbringung eines Einzelhandelsbetriebes zur Versorgung der Bevölkerung mit Gütern des täglichen Bedarfs sowie der Unterbringung ergänzender Nutzungen:

Im SO zulässig ist:

- ein Einzelhandelsbetrieb als Lebensmittel-Discounter mit einer maximalen Verkaufsfläche (VK) von insgesamt 930 m² sowie die dem Einzelhandelsbetrieb zugehörigen Verwaltungen-, Sozial-, Lagerräume und Nebenanlagen,
- ein Backshop mit einer maximalen Verkaufsfläche von 70 m² VK für Back- und Konditoreiwaren sowie ein Café. Im Zusammenhang mit dem zulässigen Backshop und dem Café ist eine gastronomische Nutzung auch im Außenbereich zulässig.

- 1.2 Allgemeines Wohngebiet (WA) gem. § 4 BauNVO  
Das gemäß Planzeichnung als WA bezeichneten Gebiete wird als allgemeines Wohngebiet gem. § 4 BauNVO festgesetzt und dient vorwiegend dem Wohnen.

- 1.2.1 Folgende Einrichtungen sind nach § 4 Abs. 2 BauNVO i.V.m. § 1 Abs. 7 BauNVO zulässig:
  - Wohngebäude,
  - die der Versorgung des Gebiets dienenden Läden sowie nicht störende Handwerksbetriebe,
  - Anlagen für soziale, kirchliche, kulturelle, gesundheitliche und sportliche Zwecke.

- 1.2.2 Folgende Einrichtungen sind nach § 4 Abs. 3 BauNVO i.V.m. § 1 Abs. 6 BauNVO ausnahmsweise zulässig:
  - Schank- und Speisewirtschaften,
  - Betriebe des Beherbergungsgewerbes,
  - sonstige nicht störende Gewerbebetriebe,
  - Anlagen für Verwaltungen.

- 1.2.3 Folgende Einrichtungen sind nach § 4 Abs. 2 BauNVO i.V.m. § 1 Abs. 5 BauNVO unzulässig:
  - Gartenbaubetriebe,
  - Tankstellen.
- 1.3 Mischgebiet (MI) gem. § 6 BauNVO  
Die gemäß Planzeichnung als MI bezeichneten Gebiete werden als Mischgebiet gem. § 6 BauNVO festgesetzt und dienen dem Wohnen und der Unterbringung von Gewerbebetrieben, die das Wohnen nicht wesentlich stören.

- 1.3.1 Folgende Einrichtungen sind nach § 6 Abs. 2 BauNVO i.V.m. § 1 Abs. 7 BauNVO zulässig:
  - Wohngebäude,
  - Geschäfts- und Bürogebäude,
  - Einzelhandelsbetriebe,
  - Schank- und Speisewirtschaften sowie Betriebe des Beherbergungsgewerbes,
  - sonstige nicht wesentlich störende Gewerbebetriebe,
  - Anlagen für Verwaltungen, sowie für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke.

- 1.3.2 Folgende Einrichtungen sind nach § 6 Abs. 3 BauNVO i.V.m. § 1 Abs. 5 BauNVO unzulässig:
  - Gartenbaubetriebe,
  - Tankstellen,
  - Vergnügungsstätten,
  - Sexshops und solche Betriebe, deren beabsichtigte Nutzung auf die Ausübung sexueller Handlungen innerhalb der Betriebsflächen ausgerichtet ist oder bei denen die Ausübung sexueller Handlungen ein betriebliches Wesensmerkmal darstellt, wie z. B. Bordelle, bordell-ähnliche Betriebe, Laufhäuser, Modellwohnungen, Sexshops, Peep-Show's, Swinger-Clubs oder gewerbliche Zimmervermietungen zum Zwecke der Vornahme sexueller Handlungen.

2. Maß der Baulichen Nutzung (§ 9 Abs.1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 16 – 20 BauNVO)

- 2.1 Grundflächenzahl  
Die Grundflächenzahl wird durch Einschrieb in der Nutzungsschablone bestimmt.

Im Sondergebiet "Nahversorgung" darf die festgesetzte Grundflächenzahl von 0,8 gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauNVO durch die Grundflächen von Stellplätzen und ihrer Zufahrten sowie durch Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauGB bis zu einer GRZ von 0,9 überschritten werden.

- 2.2 Höhe baulicher Anlagen  
Für das Sondergebiet "Nahversorgung" wird das Maß der baulichen Nutzung durch die Grundflächenzahl und die zulässige Höhe der baulichen Anlagen festgesetzt.
  - Die maximale Gesamthöhe (GH max) der baulichen Anlage ist definiert als Höhenabstand zwischen der Oberkante Fußboden Erdgeschoss der baulichen Anlage und dem Schnittpunkt des verlängerten aufsteigenden Mauerwerkes der Außenwand (außen) mit der Oberkante Dachhaut.
  - Die maximale Gesamthöhe der baulichen Anlage darf 9,00 m nicht überschreiten.
  - Bezugspunkt der Höhe für das Sondergebiet:  
Maßgebend zur Bestimmung der Höhe der baulichen Anlage ist die Grundstücksmitte der Erschließungsstraße "Jakob-Thome-Weg" (FIS-Nr. 41/955).
  - Im Sondergebiet darf die festgesetzte Höhe für notwendige technische Bauteile (z.B. Klimaanlage) um bis zu 2 m überschritten werden (§ 31 Abs. 1 BauGB).
- Für das Allgemeine Wohngebiet sowie die Mischgebiete wird das Maß der baulichen Nutzung durch die Grundflächenzahl und die Zahl der Vollgeschosse festgesetzt.
  - Im WA und MI sind maximal III Vollgeschosse zulässig.

3. Bauweise (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i. V. mit § 22 Abs. 1 BauNVO)

- Im SO wird entsprechend den Eintragungen im Plan eine abweichende Bauweise gemäß § 22 Abs. 4 BauNVO festgesetzt. Im Sinne einer offenen Bauweise unterliegen die Baukörper jedoch keiner Baulängenbegrenzung auf 50 m.
- Im WA und MI wird eine offene sowie geschlossene Bauweise festgesetzt.

4. Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i. V. mit § 23 Abs. 5 BauNVO und § 14 Abs. 1 Satz 3 BauNVO)

Die überbaubaren Grundstücksflächen sind durch die Festsetzung der Baugrenzen gem. § 23 Abs. 1 BauNVO in der Planzeichnung bestimmt.

5. Flächen für Stellplätze und Garagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB i. V. m. §§ 12, 14 und 23 Abs. 5 BauNVO)

Stellplätze und Garagen im Sinne des § 14 BauNVO sind nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen sowie in den entsprechend gekennzeichneten Flächen zulässig.

Nebenanlagen, Zufahrten und Fußwege sind innerhalb und außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig.

6. Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)

- 6.1 Die Straßenverkehrsflächen sind in der Planzeichnung durch Straßenbegrenzungslinien von den übrigen Flächen abgegrenzt.

- 6.2 Ein- und Ausfahrtsbereich

Die verkehrliche Anbindung des SO an die Sulzbachtalstraße ist nur in dem in der Planzeichnung festgesetzten Ein- und Ausfahrtsbereich zulässig.

7. Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)

Die Grünfläche wird als öffentliche Grünfläche festgesetzt. Abgängige Bäume sind in den entsprechenden Arten nachzupflanzen.

- 8 Pflanzgebote (§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB)  
Die zeichnerisch festgesetzte Anzahl an Bäumen im Sondergebiet "Nahversorgung" ist gem. der Pfeilanzstellung in der Planzeichnung zu pflanzen, zu pflegen und dauerhaft zu erhalten. Die durch Pflanzgebot festgesetzten Einzelbäume sind als großkronige, standortgerechte, hochstämmige Laubbäume zu pflanzen und dauernd zu unterhalten. Der Wurzelraum je Baum hat mindestens 12 m³ zu betragen. Die Bäume sind durch geeignete Maßnahmen gegen Beschädigung durch Kraftfahrzeuge zu schützen. Ausnahme kann von den festgesetzten Standorten bei Grundstückszu- und -abfahrten unter Aufrechterhaltung der Baumreihe um bis zu 3 Meter abgewichen werden.  
Abgänge von Bäumen sind gleichwertig zu ersetzen.

BAUORDNUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN (§ 9 Abs.4 BauGB i.V.m. § 88 Abs.1 und Abs.6 LBauO)

1. Gestaltung baulicher Anlagen (§ 88 Abs.6 LBauO i.V. m. § 9 Abs. 4 BauGB)

- 1.1 Dachneigung (D)  
Im WA und MI sind bauliche Anlagen mit Flachdächern mit einer Neigung von 0° bis 5°, Pultdächern mit einer Dachneigung von 0° bis 30° sowie Satteldächer mit einer Dachneigung von 30° bis 40° zulässig.  
Die Festsetzung gilt auch für Garagen und Nebenanlagen.
- 1.2 Werbeanlagen  
Werbeanlagen sind nur an der Stätte der Leistung, für im Plangebiet befindliche Betriebe und Einrichtungen zulässig.  
Innerhalb der überbaubaren Flächen des Sondergebietes SO „Nahversorgung“ sind selbstständige und unselbstständige Werbeanlagen bis 2,0 m über der zulässigen Höhe baulicher Anlagen zulässig.  
Außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen sind Werbeanlagen nur bis zu einer Höhe von 6 m über Geländeoberkante im Sinne der Landesbauordnung zulässig.

HINWEISE OHNE FESTSETZUNGSCHARAKTER

- 1. Boden  
Je nach Art der Gebäudegründung und Bauflächengestaltung sind Erdaushubarbeiten und Bodenbewegungen innerhalb des Geländes erforderlich. Hierzu sind begleitende umwelttechnische Maßnahmen (guterachterliche Überwachung, Probenahmen, Analysen) nicht zwingend erforderlich, es sei denn, diese werden als Bauauflagen in der Baugenehmigung vorgeschrieben.

Unberührt bleiben jedoch hiervon abfallrechtliche Vorgaben. Für den Fall, dass die im Rahmen der Baugrunderstellung anfallenden Aushubmassen, die keine Wiederverwendung innerhalb des Baugrundstücks finden, extern wiederverwertet oder beseitigt werden müssen, gelten die jeweils gültigen Abfallregelungen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes. Für Wiederverwertungen sind die Richtlinien des LAGA-Merkblattes M20 und für Beseitigungen auf Deponien die Vorgaben der Deponieverordnung zu beachten.

Wegen der Verschiedenartigkeit der auf der Baufläche befindlichen Auffüllungen wird empfohlen, bei Aushubarbeiten eine sorgfältige Separierung vorzunehmen (Bildung von Aufwerken gleichartiger Aushubmassen). Dies gilt insbesondere, wenn Kohlen-schlammablagerungen und/ oder stark humose Böden ausgekoffert werden. Erhöhte TOC-Gehalte (siehe Historische Recherche und Orientierende Bodenuntersuchungen im Rahmen der Altlastengefährdungsabschätzung, Anlage 3.1) können zumindest die Beseitigung auf Deponien deutlich erschweren.

Sodern Pfahlgründungen vorgesehen werden, wird sich der Aushub an organischen Böden auf das Pfahlbohrgut beschränken und dadurch den Entsorgungsbedarf minimieren. Bei Rüttelstopfverdichtungen fällt voraussichtlich kein Entsorgungsbedarf für die genannten Böden an.

- Für die mineralischen Aushubmassen sollten insbesondere Separierungen
  - von Erdmassen mit Bauschutt - und Aschenanteilen von < 10 %
  - von Erdmassen mit Bauschutt - und Aschenanteilen von > 10 %
  - von reinen Bauschuttmassen (> 90 %)
  - von reinen Aschen und Schlacken (> 90 %)vorgenommen werden.

Für die externe Wiederverwertung oder Entsorgung des separierten Aushubs sind unter Umständen Beprobungen und Deklarationsanalysen erforderlich.

- 2. Bau- und Bodendenkmäler  
Baudenkmäler und Bodendenkmäler sind nach derzeitigem Kenntnisstand von der Planung nicht betroffen. Sollten bei der Durchführung der vorgesehenen Baumaßnahmen archaische Funde oder Befunde entdeckt werden, sind diese umgehend bei der zuständigen Stelle anzuzeigen. Die Fundstelle ist 6 Werktage nach der Anzeige unberührt zu lassen, wenn nicht die Denkmalschutzbehörde die Fortsetzung der Arbeiten gestattet (§ 12 DSchG). Auf die Bestimmungen des Denkmalschutzgesetzes über Ordnungswidrigkeiten (§ 20 DSchG) wird hingewiesen.

- 3. Erschließungsarbeiten durch die Telekom  
Bei der Bauausführung ist darauf zu achten, dass Beschädigungen der vorhandenen Telekommunikationslinien vermieden werden und aus betrieblichen Gründen (z.B. im Falle von Störungen) der ungehinderte Zugang zu den Telekommunikationslinien jederzeit möglich ist. Insbesondere müssen Abdeckungen von Abzweigkästen und Kabelschächten sowie oberirdische Gehäuse soweit frei gehalten werden, dass sie gefahrlos geöffnet und ggf. mit Ka-belziehfahrzeugen angefahren werden können. Die Kabelschutzanweisung der Telekom ist zu beachten. Sollte an dem betreffenden Standort ein Anschluss an das Telekommunikationsnetz der Telekom benötigt werden, bittet die Telekom zur Koordinierung mit der Verlegung anderer Leitungen rechtzeitig, sich mit ihnen in Verbindung zu setzen.

- 4. Kampfmittel  
Kampfmittelfunde können nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden. Daher sind alle Erdarbeiten mit besonderer Vorsicht auszuführen. Im Vorfeld der Bauausführungen sind zudem weitergehende Maßnahmen unter fachlicher Kontrolle zur Kampfmittelbeseitigung erforderlich.

- 5. Deutsche Bahn  
Durch den Eisenbahnbetrieb und die Erhaltung der Anlagen entstehen Emissionen (insbesondere Luft- und Körperschall, Abgase, Funkenflug, Abriebe z.B. durch Bremsstäube, elektrische Beeinflussungen durch magnetische Felder etc.), die zu Immissionen an benachbarter Bebauung führen können. In unmittelbarer Nähe der elektrifizierten Bahnstrecke oder Bahnstromleitungen ist mit der Beeinflussung von Monitoren, medizinischen Untersuchungsgeräten und anderen auf magnetische Felder empfindlichen Geräten zu rechnen. Es obliegt dem Bauherrn, für entsprechende Schutzvorkehrungen zu sorgen.

- 6. Bergbau  
Im Falle einer Bebauung im Bereich des Flottwellstollens mit dazugehörigem Schutzstreifen (im Norden des Geltungsbereichs, siehe Begründung Kap. 7.4) ist ein Baugrundsachverständiger zu beauftragen und ein Standsicherheitsnachweis zu erbringen. Bei eventuellen Rückfragen steht die RAG Aktiengesellschaft unter der Telefonnummer 02325 / 593-699 zur Verfügung.

Rechtsgrundlagen

Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 2 Absatz 3 des Gesetzes vom 20.07.2017 (BGBl. I S. 2808).

Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke – Baunutzungsverordnung - (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 04.05.2017 (BGBl. I S. 1057).

Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (PlanV) vom 18.12.1990 (BGBl. 1991 I S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 04.05.2017 (BGBl. I S. 1057).

Raumordnungsgesetz (ROG) vom 22.12.2008 (BGBl. I S. 2986), zuletzt geändert durch Artikel 2 Absatz 15 des Gesetzes vom 20.07.2017 (BGBl. I S. 2908).

Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz BNatSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29.07.2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15.09.2017 (BGBl. I S. 3434).

Wasserhaushaltsgesetz (WHG) vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18.07.2017 (BGBl. I S. 2771).

Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundesbodenschutzgesetz - BBodSchG) vom 17.03.1998 (BGBl. I S. 502), zuletzt geändert durch Artikel 3 Absatz 3 der Verordnung vom 27.09.2017 (BGBl. I S. 3465).

Bundes-immissionsschutzgesetz (BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17.05.2013 (BGBl. I S. 1274), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 18.07.2017 (BGBl. I S. 2771).

Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24.02.2010 (BGBl. I S. 94), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 08.09.2017 (BGBl. I S. 3370).

Straßenverkehrsgesetz (StVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 05.03.2003 (BGBl. I S. 310, 919), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 17.08.2017 (BGBl. I S. 3202).

Saarländisches Landesplanungsgesetz (SLPG) vom 11.11.2010 (Amtsblatt des Saarlandes S. 2599), zuletzt geändert durch Artikel 2 Nr. 11 des Gesetzes vom 13.10.2015 (Amtsbl. I S. 790).

Kommunale Selbstverwaltungsgesetz (KSVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27.06.1997 (Amtsblatt des Saarlandes S. 682), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 15.06.2016 (Amtsblatt des Saarlandes S. 840).

Gesetz zum Schutz der Natur und Heimat im Saarland (Saarländisches Naturschutzgesetz SNatSchG) vom 05.04.2006 (Amtsblatt des Saarlandes S. 726), zuletzt geändert durch Artikel 7 Nr. 4 des Gesetzes vom 13.10.2015 (Amtsbl. I S. 790).

Saarländisches Wassergesetz (SWG), in der Fassung der Bekanntmachung vom 30.07.2004 (Amtsblatt des Saarlandes S. 1994), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 30.12.2013 (Amtsblatt des Saarlandes I S. 2).

Landesbauordnung (LBO), in der Fassung des Gesetzes Nr. 1544 zur Neuordnung des Saarländischen Bauordnungs- und Baubereichs vom 18.02.2004 (Amtsblatt des Saarlandes S. 622), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 13.07.2016 (Amtsbl. I S. 714).

Saarländisches Gesetz zur Ausführung des Bundes-Bodenschutzgesetzes (SbBodSchG), in der Fassung der Bekanntmachung vom 30.10.2002 (Amtsblatt des Saarlandes S. 990), zuletzt geändert durch Artikel 10 Absatz 3 des Gesetzes vom 21.11.2007 (Amtsblatt des Saarlandes 2002 S. 2393).

Saarländisches Straßengesetz, in der Fassung der Bekanntmachung vom 15.10.1977 (Amtsblatt des Saarlandes S. 969), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 21.11.2007 (Amtsblatt des Saarlandes S. 2393).

Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung im Saarland (SaarUVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 30.10.2002 (Amtsbl. S. 2494), zuletzt geändert durch Artikel 7 Nr. 1 des Gesetzes vom 13.10.2015 (Amtsbl. I S. 790).

Saarländisches Abfallwirtschaftsgesetz (SawVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26.11.1997 (Amtsbl. S. 1352), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 30.11.2016 (Amtsbl. S. 1150).

Verordnung über die Versickerung von Niederschlagswasser in Wasserschutzgebieten vom 6. Dezember 2000 in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. November 1996 (BGBl. I S. 1695), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 25. August 1998 (BGBl. I S. 2455).

Verfahrensvermerke

- Die Planunterlagen entsprechen den gesetzlichen Anforderungen der Planzeichnungsverordnung vom 04.05.2017.
- Die Aufstellung des Bebauungsplanes im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB ohne Umweltbericht beschlossen.
- Der Beschluss ist am 08.09.2017 ortsüblich bekannt gemacht worden.
- Der Rat hat in öffentlicher Sitzung vom 08.04.2017 die Aufstellung des Bebauungsplanes im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB ohne Umweltbericht beschlossen.
- Der Beschluss ist am 08.09.2017 ortsüblich bekannt gemacht worden.
- Der Entwurf des Bebauungsplanes mit Begründung hat nach § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats vom 18.09.2017 bis einschließlich 18.10.2017 öffentlich ausliegen.
- Der Rat hat in öffentlicher Sitzung vom 18.10.2017 diesen Bebauungsplan nach § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.
- Der Bebauungsplan wird hiermit als Satzung ausgesetzt.

- Der Bürgermeister  
Sulzbach, den 18.10.2017
- Der Bürgermeister  
Sulzbach, den 18.10.2017
- Der Rat hat in öffentlicher Sitzung vom 18.10.2017 diesen Bebauungsplan nach § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.
- Der Bebauungsplan wird hiermit als Satzung ausgesetzt.

Auftraggeber: Stadt Sulzbach

Projekt: Bebauungsplan Nr. 67 "Markt - Altenwald"

Plan: Satzung

Name	Datum	Maßstab	Plan-Nr.:
Bearbeitet	Ju 06.11.17	1: 500	
Gezeichnet	Stüde 06.11.17	Blattgröße 841/1020	S
Geprüft		Projekt-Nr.: PK17-022	Rev.:

**FIRU** Forschungs- und Informations-Gesellschaft für Fach- und Rechtsfragen der Raum- und Umweltplanung mbH

Bahnstraße 22 67555 Kaiserslautern Tel.: +49 631 92464-0 Fax: +49 631 92464-29 firu@firu-mbh.de www.firu-mbh.de	Berliner Straße 10 13187 Berlin Tel.: +49 30 28875-0 Fax: +49 30 28875-29 firu-berlin@firu-mbh.de	Schöllerstraße 5 56069 Koblenz Tel.: +49 261 914788-0 Fax: +49 261 914788-19 firu@firu-mbh.de	Am Staden 27 66121 Saarbrücken Tel.: +49 631 4038421 firu-sb@firu-mbh.de
--	---	---	---

Datenname: C:\PROJEKTE\PK17-022 Sulzbach\BPCAD\PK17-022\_Sulzbach BP 171106 BP 8.dwg